

## Peking verzichtet auf Gratulationen

China hat zurückhaltend auf die Wahl von Joe Biden zum künftigen US-Präsidenten reagiert. «Wir haben zur Kenntnis genommen, dass Biden den Wahlsieg erklärt hat», sagte der Sprecher des Ausserministeriums Wang Wenbin gestern auf seiner täglichen Pressekonferenz in Peking. Er verwies darauf, dass das Ergebnis der Wahl nach den Gesetzen und Verfahren der USA bestimmt werde. Einen Glückwunsch an den demokratischen Kandidaten gab es aus Peking nicht. (sda)

## Schlag gegen islamistische Szene

Österreichische Ermittler haben bei einem lang geplanten Schlag gegen die islamistische Szene Dutzende Wohnungen und Vereinsräume durchsucht. Hunderte Einsatzkräfte durchsuchten gestern Morgen mehr als 60 Wohnungen. Die Razzien gegen Personen und Vereine, die die Muslimbruderschaft und die Palästinenserorganisation Hamas unterstützen sollen, stünden nicht im Zusammenhang mit dem islamistischen Terroranschlag vor einer Woche in Wien, teilte die Staatsanwaltschaft Graz mit. (sda)

## Berg-Karabach bestätigt Verluste

Die Südkaukasusregion Berg-Karabach hat den Verlust der strategisch wichtigen Kleinstadt Schuscha eingeräumt. Die 4000-Einwohner-Stadt sei nicht mehr unter Kontrolle von Berg-Karabach, teilte der Sprecher des Anführers der Region, Wagram Pogossjan, gestern mit. Bereits am Sonntag hatte der aserbaidische Präsident Ilham Alijev die Eroberung Schuschas verkündet.

Die mehrheitlich von Armeniern bewohnte Südkaukasusregion innerhalb des Staatsgebiets von Aserbaidisch hat bei den Kämpfen mit Aserbaidisch zudem erneut Dutzende Soldaten verloren, wie die Behörden der Region gestern mitteilten. Deren Führung warf Aserbaidisch vor, die Hauptstadt Stepanakert massiv unter Beschuss zu nehmen – dies auch mit verbotener Streumunition. Das aserbaidische Verteidigungsministerium wies diese Vorwürfe zurück. (sda)

# Biden schafft Fakten, Trump im Land der Fantasien

Der gewählte US-Präsident Joe Biden lässt sich vom unterlegenen Donald Trump nicht aufhalten. Während Trump ohne jeden Beweis von Wahlbetrug spricht, bereitet der Sieger die Übernahme der Regierung vor.

von Thomas J. Spang

Der Weg ins Weisse Haus begann auf einer goldenen Rolltreppe im Trump-Tower, der Weg hinaus vor einem Garagentor zwischen einem Krematorium und einem Geschäft für Sex-Spielzeuge in Philadelphia. Letzteres trägt den Namen «Fantasy Island», der aus Sicht der Veranstalter einer Pressekonferenz mit Trumps Hausanwalt Rudy Giuliani ungewollt komisch die Substanz der vorgetragenen Beschwerden auf den Punkt brachte.

Der bei den Wahlen unterlegene Präsident hatte als Teil seiner Klagen in fünf Bundesstaaten ein «Rudy Special» für Pennsylvania angekündigt. Doch was Trumps Mann fürs Grobe anzubieten hatte, war nicht glaubwürdig. Die Gerichte wollen für die wüsten Behauptungen Trumps, die Wahlen seien gestohlen worden, Beweise sehen. Ein Richter nach dem anderen wies Klagen in Georgia, Michigan, Wisconsin und Arizona ab.

### Trump strapaziert Geduld

Der kleine «Erfolg» vor dem Supreme Court, der die Wahlbehörden in Pennsylvania anwies, nach dem Wahltag eingetroffene Stimmzettel mit gültigem Poststempel vor dem 3. November getrennt zu behandeln, entsprach der bereits gehandhabten Praxis. Sie sind zudem nicht Teil des nicht einholbaren Vorsprungs Bidens von bereits mehr als 45 000 Stimmen.

Trump strapaziert mit seiner Weigerung, den Ausgang der Wahlen anzuerkennen, die Geduld einer wachsenden Zahl an Republikanern. Die Nummer Zwei im Senat, Roy Blunt, sagte, «die Zeit ist gekommen für die Anwälte des Präsidenten, Fakten vorzulegen». Im Gegensatz zu den bombastischen Behauptungen Trumps sind die vorgebrachten Anfechtungen so kleinteilig, dass sie nach Einschätzung Blunts, selbst im unwahrscheinlichen Fall eines Erfolgs, «nicht genügend am Ergebnis ändern».

Mit jedem weiteren Tag nimmt der Druck auf die Führer der Republikaner zu, dem Beispiel des ehemaligen



«Kein Wahlbetrug»: Trump-Anhänger demonstrieren am Freitag in Los Angeles gegen angebliche Unregelmässigkeiten bei der Auszählung der Wählerstimmen.

Bild Etienne Laurent / Keystone

Präsidenten George W. Bush und einer Handvoll prominenter Parteifreunde zu folgen, Bidens Sieg anzuerkennen und ihm zu gratulieren. Neben den Senatoren Lindsey Graham und Ted Cruz haben sich umgekehrt nur wenige Republikaner öffentlich hinter die Behauptungen Trumps gestellt. Senatsführer Mitch McConnell schweigt seit Freitag.

### Börsen begrüssen Wahlergebnis

Wahlsieger Biden machte gestern deutlich, dass er nicht auf den Präsidenten oder dessen Partei warten wird, den Übergang der Regierung zu planen. Die Börsen begrüssten den

Ausgang der Wahlen und die Nachricht von den Fortschritten bei der Jagd auf einen Covid-19-Impfstoff mit Freudensprüngen. Der Dow Jones

**Neben den Senatoren Graham und Cruz haben sich nur wenige Republikaner öffentlich hinter die Behauptungen Trumps gestellt.**

kletterte bei Eröffnung des Handels um mehr als 1500 Punkte.

Angesichts dramatisch ansteigender Fallzahlen in den USA brief der gewählte Präsident eine Corona-Taskforce, in der viele Experten dienen werden, die Trump an den Rand drängte, ignorierte oder umging.

In Kürze wollte Biden auch seinen künftigen Stabschef berufen. Nach übereinstimmenden Berichten läuft alles auf Ron Klain zu, der diese Rolle bereits bei dem ehemaligen Vizepräsidenten innehatte. Die Besetzung des Ausserministeriums und anderen wichtigen Kabinettsposten wird Ende November erwartet.

## Tribüne

# Konzernverantwortung: Keine Schwarz-Weiss-Malerei

Ein Gastbeitrag von Melchior Lengsfeld, Geschäftsführer Helvetas



Sie verläuft oft nach dem Schwarz-Weiss-Schema: die Debatte zur Konzernverantwortungsinitiative. Organisationen, welche die Initiative unterstützen, werden gerne als wirtschaftsfeindlich bezeichnet. Es wird ihnen unterstellt, sie hätten von wirtschaftlicher Entwicklung im globalen Süden keine Ahnung. Zeit für eine Richtigstellung.

Als eine der ältesten und grössten Schweizer Entwicklungsorganisationen engagiert sich Helvetas mit Überzeugung für die Initiative – und arbeitet gleichzeitig seit Langem eng mit

privaten Unternehmen zusammen. Zwei Gründe, warum das kein Widerspruch ist:

Erstens wissen wir aus jahrzehntelanger Erfahrung, wie wichtig privatwirtschaftliches Engagement für Entwicklungsländer ist. Es braucht die Privatwirtschaft, um die weltweite Armut effektiv zu bekämpfen. Investitionen von lokalen und international tätigen Unternehmen schaffen Einkommen, Jobs und sorgen für Innovation. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass grundlegende Standards in Sachen Umwelt und Menschenrechte respektiert werden. Das ist meistens der Fall – aber eben leider nicht immer. Wir kennen die Kollateralschäden, die einige multinationale Konzerne in Lateinamerika, Afrika oder Asien anrichten. So erleben wir immer wieder, wie ländlichen Gemeinden, die wir unterstüt-

zen, sozusagen über Nacht ihre Landrechte entzogen und an einen Bergbaukonzern überschrieben werden. Allzu oft werden ihnen Kompensationszahlungen versprochen, die nie eintreffen. Der Rechtsweg ist für die Betroffenen meist aussichtslos – die Regierung verdient an der Konzession mit, und eine unabhängige Justiz existiert vielerorts nicht.

Dort hingegen, wo Unternehmen und Regierungen Menschenrechts- und Umweltstandards respektieren, kann die Privatwirtschaft einen enormen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten. Darum arbeitet Helvetas seit vielen Jahren eng mit privaten Unternehmen zusammen – und zwar sowohl mit grossen, international tätigen Firmen wie auch mit KMU vor Ort und in der Schweiz. So haben wir zusammen mit einem Grossverteiler erreicht, dass indische

Kleinbauern ihren Bio-Reis heute zu einem fairen Preis in der Schweiz verkaufen können. Oder wir haben mit lokalen KMU in Äthiopien ein Berufsbildungssystem nach Schweizer Vorbild aufgebaut, das junge Menschen nach einer Ausbildung zu gefragten Berufsleuten macht, die ihr eigenes Einkommen verdienen und sich so eine Perspektive vor Ort schaffen können. Unsere Partner aus der Privatwirtschaft und wir als NGO arbeiten dabei nach verbindlichen Regeln, die für alle Beteiligten gelten.

Der zweite wichtige Grund, weshalb wir entschieden hinter der Konzernverantwortungsinitiative stehen, ist die Überzeugung, dass sie den Wirtschaftsstandort Schweiz stärkt. In der Schweiz müssen Unternehmen verbindliche Regeln einhalten. Firmen, durch die im Ausland Men-

schenrechte und grundlegende Umweltstandards verletzt werden, schaden dem Ruf. Hunderte von Unternehmerinnen und Unternehmern unterstützen auch deshalb die Konzernverantwortungsinitiative aktiv. Denn für das Ansehen der Schweizer Wirtschaft ist es verheerend, wenn Schweizer Konzerne im Ausland ungestraft der Umwelt schaden oder Menschenrechte beschneiden können. Darum sind ähnliche Regelungen in anderen europäischen Ländern bereits in Kraft und werden teils sogar derzeit verschärft.

Die Initiative stärkt die Leitplanken, die krassen Missbrauch verhindern, und stellt sicher, dass der Nutzen des Wachstums allen zugutekommt: den Firmen, ihren Angestellten und der Umwelt. Darum braucht es am 29. November ein Ja zur Konzernverantwortungsinitiative.